

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	STVV/007/2017 Öffentliche Sitzung
Sitzungsdatum	Donnerstag, 16.02.2017
Sitzungsbeginn	19:00 Uhr
Sitzungsende	22:56 Uhr
Sitzungsort	Stadthalle, Saal 1

Teilnehmerliste

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Thomas Zarda

CDU-Fraktion

Frau Ute Guckes-Westenberger

Herr Wolfgang Heller

Herr Günther Lenz

Frau Petra Ludwig

Herr Peter Piaskowski

Herr Tom Roels

Herr Jens Rosam

Frau Dr. Petra Schneider

Frau Britta Uhe

Herr Steffen von der Heide

Frau Birgit Zarda

Herr Daniel Zerbe

SPD-Fraktion

Herr Hans-Egon Baasch

Herr Dr. Rainer Dambeck

Herr Sven Hölzel

Frau Sieglinde Kilb

Frau Dagmar Kraus

Frau Ellen Maurer-Genc

Herr Volker Nies

Herr Helmut Urban

Herr Marius Weiß

FWG-Fraktion

Frau Ursula Anton-Müller

Frau Karin Gänßler

Herr Andreas Ott

Herr Herbert Ott

Frau Inga Rossow

Herr Albert Weber

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Carsten Enge

Herr Timo Müller

Frau Annette Reineke-Westphal

Herr Gert Richter

Herr Martin Stappel

ab 19:15 Uhr

ab 19:05 Uhr

FDP-Fraktion

Herr Dr. Dr. Andrik Abramenko
Herr Christian Ehentraut
Herr Roland Hoffmann

bis 22:50 Uhr

Vertreter des Magistrats

Herr Christian Herfurth

Mitglieder des Magistrats

Frau Gabriele-Kornelia Beck
Herr Jürgen Beranek
Herr Gerhard Dernbecher
Herr Klaus-Peter Güttler
Herr Felix Hartmann
Herr Karl-Wilhelm Höhn
Herr Dr. Jochem Müller
Herr Wolfgang Müller
Herr Matthias Neibig
Herr Uwe Schneider
Herr Dieter Schnell

bis 20:15 Uhr

von 19:20 Uhr - 21:55 Uhr

Mitglieder der Verwaltung

Herr Volker Hansen
Herr Axel Wilz

Ferner

Herr Volker Stavenow
Zahlreiche Zuhörer

Idsteiner Zeitung

Es fehlten entschuldigt

Herr Gerhard Lamshöft
Herr Holger Schmerr

Schriftführer

Herr Bernd Göres

Tagesordnung

Tagesordnung I		
1		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2		Mitteilungen des Magistrats
3		Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung
3.1	257/2016	Anfrage der FDP-Fraktion betr. Abstimmung mit der RTV
3.2	013/2017	Anfrage der FDP-Fraktion betr. Stand der Beschäftigung von Flüchtlingen nach dem Flüchtlings-Integrations-Maßnahme-Gesetz (FIM)
3.3	017/2017	Anfrage der FDP-Fraktion betr. Aktuelle Situation der Freiflächen im Bereich des Busbahnhofs Schulgasse
3.4	027/2017	Anfrage der CDU-Fraktion betr. Abschreibungen
3.5	028/2017	Anfrage der CDU-Fraktion betr. Ablagerungen am Golfplatz Idstein
3.6	034/2017	Anfrage der FDP-Fraktion betr. Ergebnisse der Verkehrserhebung Autobahn A 3
3.7	037/2017	Anfrage der SPD-Fraktion betr. Konzept für Sicherheit und Ordnung
3.8	038/2017	Anfrage der SPD-Fraktion betr. Status der Planungen zur Gleichstromverbindung Ultramet im Bereich Idstein
4	245/2016	Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk der Stadt Idstein
5	271/2016	Bauvorhaben Bücher Wiesbadener Straße / Rodergergasse
6	285/2016	Antrag der FDP-Fraktion betr. Nutzung von Effizienzergebnissen in den städtischen Kindergärten
7	011/2017	13. Änderung / Qualifizierung des Bebauungsplanes "NassauViertel", Idstein
8	023/2017	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Förderung der Elektromobilität über die Stellplatzsatzung
9	007/2017	Verkehrsgerechter Ausbau und grundlegende Erneuerung der Straße "Am Bahndamm" einschl. der Erneuerung der Wasserversorgungsanlage und der Erweiterung der Entwässerungsanlagen zwischen der Straße "Am Bahnhof" und der "Danziger Straße"
10	049/2017	Dringlicher Antrag der SPD-Fraktion betr. Keine B8-Umgehung zu Lasten Walsdorfs
Tagesordnung II		
11	263/2016	Eingabe von Herrn Erhard Walter vom 1. November 2016
12	270/2016	Kindertagesstätten-Entwicklungsplan für die Kindergartenjahre 2016/2017 mit Prognose für 2017/2018
13	284/2016	Wahl zum Ortsgerichtsvorsteher des Ortsgerichts Idstein II
14	006/2017	Fortschreibung des Wirtschaftsplanes für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme NassauViertel
15	009/2017	Stadtumbau Idstein West - Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs Möblierung
16	010/2017	Stadtumbau Idstein Nord - Freiflächengestaltung Wörsbachau

17	014/2017	Antrag der FDP-Fraktion betr. Busverkehr Linie 271
18	015/2017	Antrag der FDP-Fraktion betr. Mobile Abgeordnete
19	022/2017	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Darstellung in zukünftigen Haushaltssatzungsentwürfen
20	024/2017	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Prüfung des Neuabschlusses eines Wegenutzungsvertrags (Strom)
21	035/2017	Änderung der Zuständigkeit für das Verfahren des Austritts aus Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts
22	021/2017	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Prüfung der Erstellung von Doppel-Haushalten
23	026/2017	Antrag der SPD-Fraktion betr. Videoüberwachung öffentlicher Plätze in Idstein
24	016/2017	Antrag der FDP-Fraktion betr. Vorbereitung und Durchführung einer Jobmesse für Flüchtlinge durch die Stadt Idstein
25	025/2017	Antrag der SPD-Fraktion betr. Folgen des Hessischen Spielhallengesetzes für Idstein

Stadtverordnetenvorsteher Zarda eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu diesem Zeitpunkt sind 34 Stadtverordnete anwesend.

Stadtverordnetenvorsteher Zarda weist auf die vorliegenden Tischvorlagen hin.

Zur letzten Niederschrift werden keine Änderungswünsche vorgetragen. Die Niederschrift über die 6. Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Dezember 2016 gilt somit als genehmigt.

Auf Antrag von Stadtverordnete Reineke-Westphal wird die Drucksache-Nr. 021/2017, Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Idstein betr. Prüfung der Erstellung von Doppelhaushalten, zur nochmaligen Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Stadtverordnete Reineke-Westphal beantragt ferner, die Drucksache-Nr. 024/2017, Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Idstein betr. Prüfung des Neuabschlusses eines Wegenutzungsvertrags (Strom), nicht für erledigt zu erklären, sondern auf der Tagesordnung II zu beschließen.

Stadtverordneter A. Ott beantragt die Drucksache-Nr. 023/2017, Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Idstein betr. Förderung der Elektromobilität über die Stellplatzsatzung, auf der Tagesordnung II für erledigt zu erklären.

Nach Gegenrede von Stadtverordnete Reineke-Westphal verbleibt die Drucksache-Nr. 023/2017 auf der Tagesordnung I.

Auf Wunsch von Stadtverordneten A. Ott wird die Drucksache-Nr. 007/2017, Verkehrsgerechter Ausbau und grundlegende Erneuerung der Straße "Am Bahndamm" einschließlich der Erneuerung der Wasserversorgungsanlage und der Erweiterung der Entwässerungsanlagen zwischen der Straße "Am Bahnhof" und der "Danziger Straße", auf die Tagesordnung I überführt.

Ferner besteht auf Vorschlag von Stadtverordneten A. Ott Einvernehmen, die Drucksache-Nr. 035/2017, Änderung der Zuständigkeit für das Verfahren des Austritts von Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts, auf der Tagesordnung II ohne Aussprache zu beschließen und die Drucksache-Nr. 026/2017, Antrag der SPD-Fraktion betr. Videoüberwachung öffentlicher Plätze in Idstein, zur nochmaligen Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Stadtverordneter Weiß begründet die Dringlichkeit der als Tischvorlage vorliegenden Drucksache-Nr. 049/2017, Dringlicher Antrag der SPD-Fraktion betr. Keine B8-Umgehung zu Lasten Walsdorfs.

Die Dringlichkeit des Antrags wird einvernehmlich festgestellt und die Drucksache-Nr. 049/2017 auf die Tagesordnung I aufgenommen.

Protokollierung

Tagesordnung I

1		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
---	--	--

Bemerkungen:

Stadtverordnetenvorsteher Zarda teilt mit, dass die Zustellung für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 9. Februar 2017 stattfand und die öffentliche Bekanntmachung am 11. Februar 2017 in der Idsteiner Zeitung erfolgte.

2		Mitteilungen des Magistrats
---	--	------------------------------------

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth informiert, dass mit Schreiben der Kommunal- und Finanzaufsicht vom 6. Februar 2017 die aufsichtsbehördliche Genehmigung der Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 eingetroffen ist. Die Genehmigung wurde den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung mit der Zustellung am 9. Februar 2017 zugestellt.

3		Anfragen nach § 18 der Geschäftsordnung
---	--	--

3.1	257/2016	Anfrage der FDP-Fraktion betr. Abstimmung mit der RTV
-----	-----------------	--

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth beantwortet die Anfrage der FDP-Fraktion betr. Abstimmung mit der RTV, Drucksache-Nr. 257/2016.

Auf Wunsch des Antragstellers wird die Stellungnahme der Niederschrift beigelegt.

3.2	013/2017	Anfrage der FDP-Fraktion betr. Stand der Beschäftigung von Flüchtlingen nach dem Flüchtlings-Integrations-Maßnahme-Gesetz (FIM)
-----	-----------------	--

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth beantwortet die Anfrage der FDP-Fraktion betr. Stand der Beschäftigung von Flüchtlingen nach dem Flüchtlings-Integrations-Maßnahme-Gesetz (FIM), Drucksache-Nr. 013/2017, und beantwortet eine Nachfrage des Stadtverordneten Hoffmann.

3.3	017/2017	Anfrage der FDP-Fraktion betr. Aktuelle Situation der Freiflächen im Bereich des Busbahnhofs Schulgasse
-----	----------	--

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth beantwortet die Anfrage der FDP-Fraktion betr. Aktuelle Situation der Freiflächen im Bereich des Busbahnhofs Schulgasse, Drucksache-Nr. 017/2017.

3.4	027/2017	Anfrage der CDU-Fraktion betr. Abschreibungen
-----	----------	--

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion betr. Abschreibungen, Drucksache-Nr. 027/2017, und beantwortet eine Nachfrage des Stadtverordneten Weiß.

Auf Wunsch des Antragstellers wird die Stellungnahme der Niederschrift beigefügt.

3.5	028/2017	Anfrage der CDU-Fraktion betr. Ablagerungen am Golfplatz Idstein
-----	----------	---

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion betr. Ablagerungen am Golfplatz Idstein, Drucksache-Nr. 028/2017.

Auf Wunsch des Antragstellers wird die Stellungnahme der Niederschrift beigefügt.

3.6	034/2017	Anfrage der FDP-Fraktion betr. Ergebnisse der Verkehrserhebung Autobahn A 3
-----	----------	--

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth beantwortet die Anfrage der FDP-Fraktion betr. Ergebnisse der Verkehrserhebung Autobahn A3, Drucksache-Nr. 034/2017.

Auf Wunsch des Antragstellers wird die Stellungnahme der Niederschrift beigefügt.

3.7	037/2017	Anfrage der SPD-Fraktion betr. Konzept für Sicherheit und Ordnung
-----	----------	--

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion betr. Konzept für Sicherheit und Ordnung, Drucksache-Nr. 037/2017, und beantwortet eine Nachfrage des Stadtverordneten Weiß.

3.8	038/2017	Anfrage der SPD-Fraktion betr. Status der Planungen zur Gleichstromverbindung Ultratnet im Bereich Idstein
-----	----------	---

Bemerkungen:

Bürgermeister Herfurth beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion betr. Status der Planungen zur Gleichstromverbindung Ultratnet im Bereich Idstein, Drucksache-Nr. 038/2017.

Auf Wunsch des Antragstellers wird die Stellungnahme der Niederschrift beigefügt.

Stadtverordneter Weiß erkundigt sich nach der Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion betr. Vorläufige Ergebnisrechnung 2016, Drucksache-Nr. 041/2017. Ihm sei zwar klar, dass die Anfrage nicht fristgerecht eingereicht wurde, die Beantwortung jedoch keine größeren Probleme darstellen sollte, zumal die gewünschten Zahlen in der Verwaltung vorliegen müssten.

Bürgermeister Herfurth antwortet, dass alle fristgerecht eingegangenen Anfragen von ihm beantwortet wurden.

4	245/2016	Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamtbezirk der Stadt Idstein
---	----------	--

Bemerkungen:

Stadtverordneter Piaskowski erklärt, dass es nach Auffassung der CDU-Fraktion dem Amt der stellvertretenden Schiedsperson nicht gut täte, wenn der Kandidat in einer geheimen parteipolitischen Kampf Abstimmung ermittelt werden würde. Der von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Herr Manfred Ludwig verzichtet deshalb auf seine Kandidatur. Stadtverordnetenvorsteher Zarda dankt Herrn Manfred Ludwig für seine Bereitschaft, sich zur Verfügung zu stellen und dafür, im Interesse einer einmütigen Wahl zurückzustehen.

Für die Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamtbezirk der Stadt Idstein steht somit nur noch der von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Herr Stephan Waldschmidt zur Wahl.

Geheime Wahl wird nicht gewünscht. Die Wahl erfolgt per Akklamation.

Beschluss:

Für den Schiedsamtbezirk der Stadt Idstein wird Herr Stephan Waldschmidt als stellvertretende Schiedsperson gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 36 Nein: 0 Enthaltung: 0

5	271/2016	Bauvorhaben Bücher Wiesbadener Straße / Rodergasse
---	----------	---

Bemerkungen:

Stadtverordneter von der Heidt berichtet für den Bau- und Planungsausschuss.

Stadtverordnete Reineke-Westphal begrüßt einerseits die kleinteilige Fassadengestaltung, andererseits hält sie die kleinen Ladenanteile und die Verkehrserschließung über die Rodergasse für nicht vorteilhaft. Zum geplanten Bauvorhaben herrsche in ihrer Fraktion ein unterschiedliches Meinungsbild. Insofern wird es seitens ihrer Fraktion kein einheitliches Abstimmungsverhalten geben.

Stadtverordnete Reineke-Westphal stellt folgenden Ergänzungsantrag:

Die Beschlussempfehlung des Bau- und Planungsausschusses vom 31. Januar 2017 wird um eine neue Ziffer 5 mit dem Wortlaut "Eine rückwärtige Zufahrtsmöglichkeit über die Tiefgarage der benachbarten Häuser in der Schulze-Delitzsch-Straße/ Ecke Rodergasse ist zu untersuchen und darzustellen" ergänzt. Die bisherige Ziffer 5 der Beschlussempfehlung wird neue Ziffer 6.

Die Stadtverordneten H. Ott und Dr. Dr. Abramenko erklären, dass ihre Fraktionen der Beschlussempfehlung des Bau- und Planungsausschusses vom 31. Januar 2017 zustimmen werden.

Die Stadtverordneten Baasch und Piaskowski sehen die Verkehrsfrage und -führung kritisch und halten dies auch für das zentrale Problem der Planung. Es sollte jedoch bei der Beschlussempfehlung des Bau- und Planungsausschusses bleiben. Sie erklären, dass ihre Fraktionen der Beschlussempfehlung des Bau- und Planungsausschusses vom 31. Januar 2017 zustimmen werden.

Stadtverordneter Piaskowski gibt noch zu bedenken, dass selbst nach Zusammenlegung der vorhandenen Ladenflächen nur ca. 250 qm² zusammen kämen, was für einen Discounter als großflächiger Einzelhandel nicht ausreichen würde.

Stadtverordnete Rossow ergänzt, dass bei einer größeren Ladenfläche auch mit größeren LKWs zur Andienung gerechnet werden müsse.

Beschluss (Ergänzungsantrag):

Die Beschlussempfehlung des Bau- und Planungsausschusses vom 31. Januar 2017 wird um eine neue Ziffer 5 mit dem Wortlaut "Eine rückwärtige Zufahrtsmöglichkeit über die Tiefgarage der benachbarten Häuser in der Schulze-Delitzsch-Straße/ Ecke Rodergasse ist zu untersuchen und darzustellen" ergänzt. Die ursprüngliche Ziffer 5 der Beschlussempfehlung wird neue Ziffer 6.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Ja: 5 Nein: 31 Enthaltung: 0

Beschluss:

1. Die Planung der Fa. Bücher zur Bebauung der Liegenschaften Wiesbadener Straße 6 und 8 sowie Rodergasse 20 in Idstein (Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 271/2016) wird zur Kenntnis genommen.
2. Zur bauplanungsrechtlichen Absicherung einer Innenentwicklung mit gemischter Nutzung unter Berücksichtigung angrenzenden denkmalgeschützten Gebäudebestandes wird die Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Löherplatz für die Flurstücke 368, 369 und 370 des Flur 10 in der Gemarkung Idstein (Anlage 3 zur Drucksache-Nr. 271/2016) beschlossen.
3. Die Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Löherplatz erfolgt als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB.
4. Der Magistrat wird beauftragt, auf Grundlage der vorliegenden Bebauungsplanunterlagen zum Aufstellungsbeschluss (Anlage 4 zur Drucksache-Nr. 271/2016) die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB sowie der Behörden nach § 4 (1) BauGB vorzubereiten und durchzuführen.
5. Im Verlauf der Fortführung der Aufstellung des Bebauungsplanes ist die Fragestellung der Verkehrssituation (Lade- und PKW-Verkehr) durch ein Verkehrsgutachten zu klären.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 31 Nein: 3 Enthaltung: 2

6	285/2016	Antrag der FDP-Fraktion betr. Nutzung von Effizienzergebnissen in den städtischen Kindergärten
---	----------	--

Bemerkungen:

Stadtverordnete Ludwig berichtet für den Ausschuss für Jugend, Umwelt, Kultur, Sport und Soziales.

Stadtverordneter Ehrentraut erläutert noch einmal die Intention des Antrages. Er kann nicht nachvollziehen, dass trotz positiven Beschlüssen zu den Ziffern 1 und 2 in den Ausschussberatungen in der Konsequenz die Ziffer 3 nicht beschlossen wurde und somit überprüfbare Einsparungen der Kosten nicht in Form von Gebührenreduzierungen an die Eltern weitergegeben werden sollen.

Stadtverordneter A. Ott stellt Änderungsanträge zu den Ziffern 1 und 2 der Drucksache-Nr. 285/2016. Demnach sollen die Ziffern 1 und 2 lauten:

1. Für die am 8. Dezember 2016 beschlossene Prüfung der Effizienzsteigerung der städtischen Kindergärten werden die Kindergartenleitungen gebeten, bis zum 30. Juni 2017 in Zusammenarbeit mit den Fraktionen, dem Magistrat (Verwaltung) und dem Städtelternbeirat Vorschläge zu erarbeiten.
2. Diese Vorschläge werden ab Mitte August 2017 in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus je einem Vertreter der Elternbeiräte der städtischen Kindergärten, der Kindergartenleitungen, der Fraktionen sowie des Magistrats (Verwaltung Kindertagesstätten) beraten. Diese sollen auch die Möglichkeit einer möglichen Gebührenreduzierung beinhalten.

Stadtverordneter Hölzel erklärt, dass es die SPD-Fraktion für zielführend und richtig ansieht, wenn überprüfbare Einsparungen der Kosten in Form von Gebührenreduzierung an die Eltern weitergegeben werden. Die Kita-Leitungen müssen selbstverständlich bei den Beratungen mit ins Boot genommen werden, da sie die Fachkräfte stellen. Es sollte ein Zeichen für einen fairen, offenen Dialog mit den Kita-Eltern gesetzt werden.

Stadtverordneter Piaskowski teilt nicht die Hoffnung, dass größere finanzielle Effizienzpotenziale generiert werden können. Es sei nicht auszuschließen, dass im Rahmen der Beratungen auch weitere Kostensteigerungen herauskommen.

Stadtverordneter Weiß macht deutlich, dass im Rückblick auf die Haushaltsberatungen im letzten Jahr und dem geforderten Haushaltsausgleich weder die Erhöhung der Kita-Gebühren noch die Erhöhung der Grundsteuer und Gewerbesteuer notwendig war, da allein die Gewerbesteuer mit 13,6 Mio. € ca. 2,2 Mio. € über dem Plan liegt. Insofern bedauert er auch, dass die verfristete Anfrage seiner Fraktion zum Jahresergebnis 2016 nicht beantwortet wurde. Dies wäre sehr hilfreich gewesen. Als abenteuerlich bezeichnet er die Beschlussfassung von CDU und FWG im Fachausschuss, wonach überprüfbare Einsparungen der Kosten nicht in Form von Gebührenreduzierungen an die Kita-Eltern weitergegeben werden sollen.

Stadtverordnete Rossow stellt noch einmal klar, dass es der FWG-Fraktion in den Haushaltsberatungen darum ging, mit der Gebührenanpassung den Abwärtstrend der Deckungsspirale zu bremsen und nicht den Haushalt damit zu sanieren. Die FWG-Fraktion hatte der Gebührenanpassung nur unter der Voraussetzung der Bildung einer Arbeitsgruppe zugestimmt.

Stadtverordneter Stappel macht deutlich, dass auf keinen Fall an den bestehenden Standards und der Qualität der Betreuung gerüttelt werden darf. Insofern kann er sich nicht vorstellen, dass Kosteneinsparungen erzielt werden können. Wenn Kosten eingespart würden, wird nach seiner Auffassung die Qualität der Betreuung darunter leiden. Aus diesem Grund wird die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Idstein dem Antrag nicht zustimmen.

Nach weiteren Redebeiträgen der Stadtverordneten Ehrentraut, Ludwig, Hölzel, A. Ott, Reineke-Westphal und Bürgermeister Herfurth beantragt Stadtverordneter Richter zur Geschäftsordnung den Schluss der Debatte, da keine neuen Argumente mehr vorgetragen werden.

Eine formelle Gegenrede erfolgt nicht.

Auf Antrag der Stadtverordneten Hoffmann und A. Ott erfolgt vor der Abstimmung eine Sitzungsunterbrechung von 21:42 Uhr bis 21:52 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung stellt Stadtverordneter Piaskowski einen Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag der FWG-Fraktion zur Ziffer 2 der Drucksache-Nr. 285/2016, der lautet "Diese sollen auch die Möglichkeit einer Überprüfung der Gebühren beinhalten".

Dieser Änderungsantrag wird von Stadtverordneten A. Ott für die FWG-Fraktion übernommen.

Beschluss:

In Ziffer 1 der Drucksache-Nr. 285/2016 werden die Worte "Elternbeiräten und dem Magistrat" durch die Worte "Fraktionen, dem Magistrat (Verwaltung) und dem Städtelternbeirat" ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 19 Nein: 17 Enthaltung: 0

Beschluss zu Ziffer 1:

Der Magistrat der Stadt Idstein wird gebeten:

1. Für die am 8. Dezember 2016 beschlossene Prüfung der Effizienzsteigerung in den städtischen Kindergärten werden die Kindergartenleitungen gebeten, bis zum 30. Juni 2017 in Zusammenarbeit mit den Fraktionen, dem Magistrat (Verwaltung) und dem Städtelternbeirat Vorschläge zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 19 Nein: 9 Enthaltung: 8

Beschluss zu Ziffer 2:

Der Magistrat der Stadt Idstein wird gebeten:

2. Diese Vorschläge werden ab Mitte August 2017 in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus je einem Vertreter der Elternbeiräte der städtischen Kindergärten, der Kindergartenleitungen, der Fraktionen sowie des Magistrats (Verwaltung Kindertagesstätten) beraten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 31 Nein: 0 Enthaltung: 5

Beschluss:

Die Ziffer 2 der Drucksache-Nr. 285/2016 wird mit dem Satz "Diese sollen auch die Möglichkeit einer Überprüfung der Gebühren beinhalten" ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 19 Nein: 17 Enthaltung: 0

Beschluss (Ziffer 3):

Der Magistrat der Stadt Idstein wird gebeten:

3. Falls die Vorschläge zu überprüfbaren Einsparungen der Kosten führen, wird die für 1.9.2018 vorgesehene Erhöhung der Gebühren um 10 % entsprechend verringert.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Ja: 17 Nein: 19 Enthaltung: 0

Bevor der Tagesordnungspunkt 7 aufgerufen wird, verlässt Stadtverordneter von der Heidt unter Hinweis auf § 25 HGO, Widerstreit der Interessen, den Sitzungssaal und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

7	011/2017	13. Änderung / Qualifizierung des Bebauungsplanes "NassauViertel", Idstein
---	----------	--

Bemerkungen:

Stadtverordneter Baasch berichtet für den Bau- und Planungsausschuss.

Beschluss:

1. Die Begründung für die Aufstellung der 13. Änderung / Qualifizierung des Bebauungsplanes "NassauViertel" (Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 011/2017) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Aufstellung der 13. Änderung / Qualifizierung des Bebauungsplanes "NassauViertel" mit dem Gesamtbebauungsplan als Geltungsbereich wird mit dem Ziel der bauplanungsrechtlichen Konkretisierung gemäß Ziffer 1 für das gesamte Plangebiet zum Abschluss der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Die 13. Änderung / Qualifizierung wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB durchgeführt.
3. Der Magistrat wird beauftragt die frühzeitigen Beteiligungen nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

8	023/2017	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Förderung der Elektromobilität über die Stellplatzsatzung
---	----------	---

Bemerkungen:

Stadtverordneter von der Heidt nimmt wieder an der Sitzung teil.

Stadtverordneter Stappel berichtet zunächst für den Ausschuss für Jugend, Umwelt, Kultur, Sport und Soziales und begründet anschließend den Antrag seiner Fraktion.

Stadtverordneter A. Ott erklärt, dass die FWG-Fraktion der Ziffer 1 zustimmen und die Ziffer 2 ablehnen wird.

Aus Sicht des Stadtverordneten Weiß wird es hinsichtlich der Elektromobilität in den nächsten fünf Jahren einen Umbruch geben. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Idstein sei vernünftig, die SPD-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Die Stadtverordneten Hoffmann, Rossow und Piaskowski sowie Bürgermeister Herfurth plädieren dafür zunächst den Modellversuch der Stadt Offenbach und die sich daraus ergebenden Erfahrungen abzuwarten.

Stadtverordneter Müller weist darauf hin, dass der auf fünf Jahre befristete Modellversuch der Stadt Offenbach bereits seit dem Jahr 2013 läuft und somit bereits zum jetzigen Zeitpunkt Erkenntnisse und Erfahrungen vorliegen dürften, die abgefragt werden könnten.

Aus Sicht von Stadtverordneten Dr. Dr. Abramenko sind keine weiteren Regulatoren erforderlich. Der Bürger ist mündig und kann für sich selbst entscheiden.

Es erfolgt getrennte Abstimmung.

Beschluss (Ziffer 1):

1. Der Magistrat wird gebeten, in einer Stellungnahme aufzuzeigen, wie über eine Ergänzung der städtischen Stellplatzsatzung die Elektromobilität gefördert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 1

Beschluss (Ziffer 2):

Der Magistrat wird gebeten:

2. Entsprechende Optionen sollen in den Entwurf einer neuen Stellplatzsatzung eingearbeitet und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Ja: 14 Nein: 21 Enthaltung: 1

9	007/2017	Verkehrsgerechter Ausbau und grundlegende Erneuerung der Straße "Am Bahndamm" einschl. der Erneuerung der Wasserversorgungsanlage und der Erweiterung der Entwässerungsanlagen zwischen der Straße "Am Bahnhof" und der "Danziger Straße"
---	----------	--

Bemerkungen:

Stadtverordneter Ott sieht die Notwendigkeit eines weiteren Fußgängerüberwegs, damit die Fußgänger aus dem Stettiner Park die Straße gefahrlos überqueren können. Darüber hinaus ist er der Auffassung, dass die Einrichtung eines Fahrradschutzstreifens in den Beschluss aufgenommen werden sollte.

Stadtverordneter A. Ott stellt folgenden Antrag:

Ziffer 3 der Drucksache-Nr. 007/2017 wird zu Ziffer 4. Als neue Ziffer 3 wird eingefügt: Der Magistrat wird gebeten, im Zuge der weiteren Planung die Errichtung eines weiteren Fußgängerüberwegs zu prüfen, um den Fußgängerverkehr aus dem Stettiner Park sicher über die Straße zu führen. Der Magistrat wird ferner gebeten, den wachsenden Bedürfnissen des Fahrradverkehrs Rechnung zu tragen und vorzugsweise im Bereich des Fahrbahnquerschnitts einen Fahrradschutzstreifen in bergauf Richtung auszuweisen.

Stadtverordneter Müller hält einen weiteren Fußgängerüberweg in der Sache zwar für sinnvoll, meint sich aber daran erinnern zu können, dass zwei Fußgängerüberwege in so relativ kurzen Abständen nicht ausführbar sind.

Stadtverordneter Piaskowski hält einen weiteren Fußgängerüberweg in diesem Bereich für kritisch.

Aus Sicht des Stadtverordneten Baasch ist der Ergänzungsantrag der FWG-Fraktion überflüssig.

Bürgermeister Herfurth sagt zu, die Möglichkeit eines weiteren Fußgängerüberwegs in diesem Bereich zu prüfen.

Es erfolgt getrennte Abstimmung der beiden Sätze des Änderungsantrages der FWG-Fraktion.

Beschluss:

Ziffer 3 der Drucksache-Nr. 007/2017 wird zu Ziffer 4. Als neue Ziffer 3 wird eingefügt:

Der Magistrat wird gebeten, im Zuge der weiteren Planung die Errichtung eines weiteren Fußgängerüberwegs zu prüfen, um den Fußgängerverkehr aus dem Stettiner Park sicher über die Straße zu führen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 24 Nein: 12 Enthaltung: 0

Beschluss:

Der Magistrat wird ferner gebeten, den wachsenden Bedürfnissen des Fahrradverkehrs Rechnung zu tragen und vorzugsweise im Bereich des Fahrbahnquerschnitts einen Fahrradschutzstreifen in bergauf Richtung auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Ja: 10 Nein: 16 Enthaltung: 10

Beschluss:

- 1.) Die Entwurfsplanung zum verkehrsgerechten Ausbau der Straße "Am Bahndamm" zwischen der Straße "Am Bahnhof" und der "Danziger Straße" einschließlich der im Anschluss befindlichen Aufpflasterung (Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 007/2017) wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- 2.) Der Entwurfsplanung zum verkehrsgerechten Ausbau der Straße "Am Bahndamm" wird zugestimmt. Der Magistrat wird beauftragt, auf dieser Grundlage die Ausführungsplanung zu erstellen sowie die Ausschreibung und Umsetzung der Maßnahme in die Wege zu leiten.
- 3.) Der Magistrat wird gebeten, im Zuge der weiteren Planung die Errichtung eines weiteren Fußgängerüberwegs zu prüfen, um den Fußgängerverkehr aus dem Stettiner Park sicher über die Straße zu führen.
- 4.) Die Vergabe der erforderlichen Bauleistungen, auch mit einem Umfang von mehr als 250.000,00 €, wird an den Magistrat delegiert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 1

10	049/2017	Dringlicher Antrag der SPD-Fraktion betr. Keine B8-Umgehung zu Lasten Walsdorfs
----	----------	---

Bemerkungen:

Stadtverordneter Weiß begründet den dringlichen Antrag der SPD-Fraktion.

Die Stadtverordneten Reineke-Westphal, Rossow und Piaskowski signalisieren Zustimmung zum Antrag.

Stadtverordnete Reineke-Westphal ist enttäuscht darüber, dass die vorgetragenen Argumente der Stadt Idstein im bisherigen Verfahren keine Berücksichtigung fanden.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, den Planfeststellungsbeschluss für eine Ortsumgehung von Bad Camberg im Zuge der B 8 einer rechtlichen Prüfung zu unterziehen. Sollte die Prüfung zu dem Ergebnis kommen, dass eine Klage der Stadt Idstein gegen den Planfeststellungsbeschluss zulässig und begründet wäre, wird der Magistrat beauftragt, fristgerecht Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zu erheben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

11	263/2016	Eingabe von Herrn Erhard Walter vom 1. November 2016
----	----------	--

Bemerkungen:

Keine

Beschluss:

1. Die Eingabe von Herrn Erhard Walter, Gartenstraße 9 a, 65510 Idstein-Heftrich, vom 1. November 2016 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Stellungnahme der Verwaltung vom 30. November 2016 wird übernommen.
3. Die Stellungnahme des Magistrats ist Herrn Erhard Walter zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

12	270/2016	Kindertagesstätten-Entwicklungsplan für die Kindergartenjahre 2016/2017 mit Prognose für 2017/2018
----	----------	--

Bemerkungen:

Keine

Beschluss:

1. Der Kindertagesstätten-Entwicklungsplan des Rheingau-Taunus-Kreises für die Kindergartenjahre 2016/2017 mit Prognose für 2017/2018 vom 17. November 2016 wird zur Kenntnis genommen:
 - a) Für das Kindergartenjahr 2016/2017 ist ein durchschnittlicher Fehlbedarf in Höhe von 76 Betreuungsplätze für Kinder im Alter von 3 bis Schuleintritt prognostiziert.
 - b) Für das Kindergartenjahr 2017/2018 ist ein durchschnittlicher Fehlbedarf in Höhe von 78 Betreuungsplätze für Kinder im Alter von 3 bis Schuleintritt prognostiziert.
2. Der Magistrat wird beauftragt, einen Ausbaustufenplan zum bedarfsgerechten Betreuungsausbau in Idstein, gemäß den gesetzlichen Vorgaben nach § 24 SGB VIII, zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

13	284/2016	Wahl zum Ortsgerichtsvorsteher des Ortsgerichts Idstein II
----	----------	--

Bemerkungen:

Keine

Beschluss:

Für den Ortsgerichtsbezirk Idstein II wird Herr Felix Hartmann, geb. am 24. Oktober 1945, wohnhaft in 65510 Idstein-Walsdorf, Querstraße 22, als Ortsgerichtsvorsteher für die Dauer von fünf Jahren der aufsichtführenden RichterIn am Amtsgericht Idstein zur Ernennung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

14	006/2017	Fortschreibung des Wirtschaftsplanes für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme NassauViertel
----	----------	--

Bemerkungen:

Keine

Beschluss:

1. Die Erläuterungen zur Fortschreibung des Wirtschaftsplans (Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 006/2017) zur städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme NassauViertel werden zur Kenntnis genommen.
2. Der von der DSK, Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft Wiesbaden, vorgelegte Wirtschaftsplan in Form der aktualisierten Fassung, Stand 31. Dezember 2015 (Anlage 2 zur Drucksache-Nr. 006/2017), wird als Grundlage für die weitere Durchführung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme NassauViertel beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

15	009/2017	Stadtumbau Idstein West - Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofes Möblierung
----	----------	---

Bemerkungen:

Keine

Beschluss:

1. Die Untersuchung für die zukünftige Überdachung des ZOB Bahnhof (Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 009/2017) wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Magistrat wird in Ergänzung zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Drucksache-Nr. 206/2015 vom 18. Februar 2016 beauftragt, im Zuge der beschlossenen Umgestaltung des ZOB Bahnhof eine Überdachung gemäß Variante 2 der Anlage 1 mit Anschluss an die bestehende Fußwegüberdachung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

16	010/2017	Stadtumbau Idstein Nord - Freiflächengestaltung Wörsbachaue
----	----------	---

Bemerkungen:

Keine

Beschluss:

1. Das Ergebnis der Bürgerbeteiligung und der Planerrunde mit den Bürgern zur Freiflächengestaltung Wörsbachaue (Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 010/2017) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die auf der Bürgerbeteiligung aufbauende Entwurfsplanung (Anlage 2 zur Drucksache-Nr. 010/2017) einschließlich Kostenschätzung (Anlage 3 zur Drucksache-Nr. 010/2017) wird zur Kenntnis genommen.
3. Der Magistrat wird beauftragt, die Freiflächengestaltung für die Teilbereiche "Generationenpark" und "Generationsübergreifende Fitness- und Verweilbereiche" auf Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung auszuschreiben und mit einer fortgeführten Bürgerbeteiligung umzusetzen.
4. Die auf der Bürgerbeteiligung aufbauende Vorentwurfsplanung für den Bereich Verbindungsachse (Dammühlenweg/Piazzetta) (Anlage 4 zur Drucksache-Nr. 010/2017) einschließlich Kostenschätzung (Anlage 5 zur Drucksache-Nr. 010/2017) wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Magistrat wird beauftragt, die Konzeption der Vorentwurfsplanung für den Bereich Verbindungsachse mit einer fortgeführten Bürgerbeteiligung weiter zu konkretisieren und Vorschläge für eine stufenweise Umsetzung trotz der eingeschränkten Mittelausstattung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

17	014/2017	Antrag der FDP-Fraktion betr. Busverkehr Linie 271
----	----------	--

Bemerkungen:

Keine

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Idstein wird gebeten:

1. Bei der RMV die Auslastung der Busverbindung auf der Linie 271 Idstein-Wiesbaden in den vergangenen 2 Jahren zu erfragen.
2. Die RMV aufzufordern, die Linienführung der Linie 271 wieder als Direktbuslinie nur über Taunusstein-Neuhof und von dort direkt nach Wiesbaden zu gestalten.
3. Die Haltestelle "Am Wörzgarten" soll wieder in den Fahrplan aufgenommen werden."

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

18	015/2017	Antrag der FDP-Fraktion betr. Mobile Abgeordnete
----	----------	--

Bemerkungen:

Keine

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Idstein wird gebeten:

1. Eine mit Mitgliedern aller Stadtverordnetenfraktionen besetzte Arbeitsgruppe "Mobile Abgeordnete" einzusetzen.
2. Ziel der Arbeitsgruppe soll die Erarbeitung eines Konzeptes für den freiwilligen Verzicht auf Sitzungsunterlagen in Papierform in Zusammenarbeit mit der Fachabteilung sein.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

19	022/2017	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Darstellung in zukünftigen Haushaltssatzungsentwürfen
----	----------	---

Bemerkungen:

Keine

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, in zukünftigen Haushaltssatzungsentwürfen, die der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden, folgende Positionen im Ergebnisplan in geeigneter Weise detailliert darzustellen:

1. Positionen, die mehr als 25 % - mindestens jedoch 5.000 EUR - vom Ansatz des Vorjahres nach oben oder unten abweichen (Begründung der Abweichung) und
2. sämtliche Positionen 13 („Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“), soweit der Ansatz 50.000 EUR überschreitet (detaillierte Darstellung der einzelnen Beträge, so dass mindestens 75 % des Ansatzes erfasst werden).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

20	024/2017	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Prüfung des Neuabschlusses eines Wegenutzungsvertrags (Strom)
----	----------	---

Bemerkungen:

Keine

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, in einem Bericht Folgendes darzustellen:

1. Die Rechtsgrundlagen (§ 46 EnWG etc., Handlungsleitfaden von BNA und Bundeskartellamt) und die entsprechenden vertraglichen Regelungen aus dem Wegenutzungs-/Konzessionsvertrag mit Süwag (insbesondere außerordentliche Kündigungsfristen und –termine), und sonstige wesentliche Rahmenbedingungen für die Kündigung des mit Süwag bestehenden Konzessionsvertrags und eine Neuvergabe der Stromkonzession
2. Vorgehensweise zur Neuvergabe der Stromkonzession bzw. zum Neuabschluss eines Wegenutzungsvertrages

Hierbei soll zunächst nicht auf externe juristische Beratung, die zusätzliche Kosten verursacht, zurückgegriffen sondern die Expertise des HSGB bzw. des Hess Städtetags genutzt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

21	035/2017	Änderung der Zuständigkeit für das Verfahren des Austritts aus Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts
----	----------	---

Bemerkungen:

Keine

Beschluss:

1. Das Gesetz der Änderung der Zuständigkeit für das Verfahren des Austritts aus Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einvernehmen, dass im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit die Aufgabe der Kirchenaustritte nach dem Gesetz der Zuständigkeit für das Verfahren des Austritts aus Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts der Gemeinden Hünstetten, Niedernhausen und Waldems von der Stadt Idstein übernommen wird.
3. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß Anlage 2 wird beschlossen.
4. Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde ist einzuholen und öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

22	021/2017	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Prüfung der Erstellung von Doppel-Haushalten
----	----------	---

Bemerkungen:

Keine

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Idstein betr. Prüfung der Erstellung von Doppel-Haushalten, Drucksache-Nr. 021/2017, wird zur nochmaligen Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

23	026/2017	Antrag der SPD-Fraktion betr. Videoüberwachung öffentlicher Plätze in Idstein
----	----------	---

Bemerkungen:
Keine

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion betr. Videoüberwachung öffentlicher Plätze in Idstein, Drucksache-Nr. 026/2017, wird zur nochmaligen Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

24	016/2017	Antrag der FDP-Fraktion betr. Vorbereitung und Durchführung einer Jobmesse für Flüchtlinge durch die Stadt Idstein
----	----------	--

Bemerkungen:
Keine

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Vorbereitung und Durchführung einer Jobmesse für Flüchtlinge durch die Stadt Idstein, Drucksache-Nr. 016/2017, wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

25	025/2017	Antrag der SPD-Fraktion betr. Folgen des Hessischen Spielhallengesetzes für Idstein
----	----------	---

Bemerkungen:
Keine

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion betr. Folgen des Hessischen Spielhallengesetzes für Idstein, Drucksache-Nr. 025/2017, wird für erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig zugestimmt

Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung: 0

Thomas Zarda
Vorsitzender

Bernd Göres
Schriftführer